

Der Grundstein

Diese Nummer: Landtagswahlnummer!

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachel-, u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Püger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Flotierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinhölz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh. Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund Berlin SW 68, Fiedlerstr. 5-6. Fernspr.: 97 501/502/503, 6240. Postfach. Berlin SW 62. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Central-Geschäftsstellen nach Tarif durch „Berba“, Berlin SW 11.

Die Bedeutung der Landtagswahlen. Wählt sozialdemokratisch!

Die Landtagswahlen am 24. April sind eine Schicksalsstunde nicht nur für Preußen, Bayern, Württemberg und den Stadstaat Hamburg, sie sind eine Schicksalsstunde Deutschlands. Wir gehen noch weiter: Sie sind eine Schicksalsstunde für Deutschlands Arbeiterschaft! An das Reich konnten die Reaktionen ärgster Couleur bei der Reichspräsidentenwahl nicht heran. Sie hielten sich eine gepfeiferte Schlappe. Aber nun möchten sie wenigstens die Länder erobern. Die physischen Nachmittell, die jedem Einzelnen zur Verfügung stehen, möchten sie an sich reißen. Und wenn ihnen dies gelingt, dann glauben sie die Bahn frei für die Durchführung des Faschismus...

Als Gewerkschafter interessieren uns auch besonders die Landtagswahlen. Oft wird von Ultrarevolutionären bombastisch erklärt, die Arbeiter hätten nur noch ihre Ketten zu verlieren. Das ist giftigste Schlapppöbel. Und wenn man noch hinzusetzt: „aber eine Welt zu gewinnen“, so hört sich das zwar sehr schön und verlockend an und bei Einfältigen im Geiste kann man damit Einbrüche schinden, aber es bedeutet, die Arbeiter vor die Finnen ihrer zahlreichsten Gegner zu treiben, es bedeutet ausichtslos den Puff zu zugunsten der Todfeinde des Proletariats. Es liegt ja ganz anders. Die deutschen Arbeiter haben weit mehr zu verlieren als ihre Ketten. Umsonst fraternisiert und pokuliert Hitler nicht mit den Schwerindustriellen des Westens. Immer wieder ist er bei diesen Herrschaften in Düsseldorf, Bochum, Essen und Dortmund zur Wiste. Fortgesetzt verhandelt er mit den Industriekapitänen. Die Chance der Reichspräsidentenwahl ist verpufft. Hitler weiß genau, daß die Landtagswahlen seine letzte Chance sind. Er ringt Hitler auch bei den Landtagswahlen — vor allem in Preußen — keinen praktischen Erfolg, dann ist es aus mit den Zuschüssen und Zuwendungen von jener Seite.

Worum handelt es sich? Der fortgesetzte erbitterte Kampf der Reaktion gilt dem „Marxismus“. Darunter verstehen unsere Gegner alles, was Fortschritt heißt: Den Arbeiterschutz, das gesamte Arbeiter- und Staatsbürgerrecht, die Arbeiter- und Angestelltenversicherung. Das alles ist der Reaktion ein Dorn im Auge. Und Hitler ist ihr Preisbozer. Der soll die Sache schmeißen. Die deutschen Arbeiter sollen das Schicksal der italienischen Arbeiter teilen...

Was bei der Reichspräsidentenwahl nicht gelang, soll bei den Landtagswahlen gelingen. Je reaktionärer die Landtage zusammengesetzt sind, um so reaktionärer kann man den Reichsrat gestalten. Gelingt dies, dann kann man der Reichsregierung allerlei Knüppel zwischen die Beine werfen. Nebenbei will man die physischen Nachmittell in den einzelnen Staaten an sich reißen. Vor allem gilt dies für den größten deutschen Bundesstaat, für drei Fünftel des Deutschen Reiches ausmacht, für Preußen. Das Preussische Innenministerium ist der Reaktion um Hitler schon eine Messe wert...

Man kann mit den Nachmittell des Staates die Grundrechte der Verfassung fügen. Man kann sie aber auch einschränken oder gar aufheben. Züchtigen, Fesseln und Braunschweiß bieten und bieten hierin glänzenden Anschauungsunterricht. Es wäre verhängnisvoll für Deutschland, wenn im größten Bundesstaat Preußen ein Nazi Innenminister und dann braunschweigische „Rechts“-Zustände einführen würde...

Jahrelang hat die „nationale Front“ — so nennt sich die durch Hitler und Hugenberg verkörperte Reaktion — gegen das republikanische Preußen Mienen gelegt, um diesen eisernen Schutzwall der deutschen

Republik in die Luft zu sprengen. Ehemalige Gewerkschaftsführer stehen seit dem Umsturze 1918 an der Spitze der Regierung. Preußen war der erste Staat, der den Achtstundentag durchführte. Preußen trieb eine Personalpolitik, die das Entsetzen und die Wut aller Reaktionen entfachte; war doch Preußen früher bei jeder Aemtervergebung — vom Nachtwächter bis zum Ministerpräsidenten — ausschließlich eine Domäne der stöckreaktionären konservativen Partei. Mit dieser Herrlichkeit ist es seit 1918 aus. Otto Braun schuf den Landarbeitern das freie Koalitionsrecht, das nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch praktisch durchgeführt wurde. In Preußen wurde dafür gesorgt, daß die politische Freiheit und die sozialpolitischen Errungenschaften durch die Reaktion nicht zunichte gemacht werden konnten. Aber immer mehr schmol das Schneiden der Schwerindustrie und des agrarischen Junkertums, von den sozialpolitischen Lasten befreit zu werden. Jeder Tarifvertrag, jeder Schiedsspruch war ihnen ein Dorn im Auge. Schon der Rapp-Putsch 1920 sollte es bringen. Der Putsch mißlang. Heute verläuft man es in weit gefährlicherer Situation als damals mit dem kalten Hitler-Putsch. Man sagt Preußen und zielt auf das Reich.

Eine Welt von Feinden steht dem Proletariat bei diesen Landtagswahlen gegenüber. Rechts steht die als „Arbeiterpartei“ getarnte Hakenkreuzpartei Hitlers. Ueber diese „Arbeiterpartei“ reden wir noch besonders. In ihrer unmittelbaren Nähe stehen die Hugenberg, die Dingeldeyer und die Wirtschaftsparteiler. Alle sind verbissene Gegner jeden Arbeiterrechts und der Demokratie. Alle erstreben die radikalste Rechtsmache der Arbeiterklasse. Und links steht ebenfalls ein Feind der Arbeiterklasse, der sich gleichfalls „Arbeiterpartei“, ja, die einzige Arbeiterpartei Deutschlands nennt, deren verfiene

und verrückte Taktik jedoch nur der schwärzesten Reaktion das Rückgrat steift. Das hat der preussische Volksentscheid, das hat die Reichspräsidentenwahl, das wurde bei hundert anderen Gelegenheiten zur Evidenz erwiesen. Das haben die sogenannten Kommunisten auch bewiesen durch ihren fortgesetzten gefährlichen und verleumderten Kampf gegen unsere Gewerkschaften. Mit vollem Recht jubelt die Presse der „nationalen Front“, die Kommunisten seien der Pfahl im Fleische des Sozialismus. Leider haben sie mit dieser Behauptung nicht unrecht...

Unter der Devise: „Wer Preußen hat, hat Deutschland“, marschieren Rechts- und Linksdölkewissen in den Wahlkampf. Jawohl, der Ausgang der preussischen Wahlen entscheidet nicht nur über die innerpolitischen Verhältnisse Preußens, sondern gleichzeitig über das Schicksal Deutschlands überhaupt. Der Kampf um Preußen ist der Kampf um die Macht im Reich!

Kollegen! Der Wahltag in Preußen ist der Tag der Entscheidungsschlacht. Es geht um die elementarsten Lebensrechte der deutschen Gewerkschaften, es geht um die demokratische Republik, es geht um die Lebensrechte der deutschen Arbeiterklasse! Deshalb heraus zur Landtagswahl für das Preußen Otto Brauns und Carl Severings! Und erfüllt auch in allen anderen Ländern, wo zu den Landtagen gewählt wird, eure proletarische Pflicht! Gebt eure Stimmen der Partei, die stets gewerkschaftsfreundlich und gewerkschaftsfördernd, die schon immer euer proletarischer Schutz war, die vorwärtsstrebend aufklärend wirken will, die die einzige zuverlässige republikanische Partei, die konsequente Verteidigerin der Republik und aller Arbeiterrechte ist — gebt überall bei den Landtagswahlen eure Stimmen der Sozialdemokratischen Partei!

Ist das eine Arbeiterpartei?

Die Hitler-Leute nennen ihr politisches Zerrgebilde stolz Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Diese „Arbeiterpartei“ sei der untrügliche Heilbringer; unter der Herrschaft der Nazis werde Deutschland als „Drittes Reich“ im Handumdrehen ein Land, worinnen Milch und Honig fließt. Und jene, die nicht alle werden, ferner jene, die von Not und Unglück gepeinigt jedes klare, folgerichtige Denken verloren haben, starrten unverwandt auf das Hakenkreuz, sehnten sich mit Andrunst nach dem „Dritten Reich“, glauben jeden faulstidigen Schwindel und schreien wie besessenen Heil Hitler!

Leider fallen auch Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Hakenkreuzrappel hinein. Das sind Leute, die früher ohne tiefes Wissen mit der modernen Arbeiterbewegung sympathisierten, vielleicht auch mal sozialdemokratisch gewöhnt haben. Der Krieg schlug Deutschland tiefe Wunden, denn kam die Inflation und dann die Weltwirtschaftskrise des reinen Kapitalismus. Und nun schreien sich die Gegner der Sozialdemokratie die Hälfte wund und geben nicht dem Kapitalismus, sondern ihr die Schuld, daß alles so gekommen, sie verdammten das „System“ in Grund und Boden und preisen ihre Heilsgesetze wie profitbestimmte Händler auf dem Jahrmarkt an. So predigen die Kommunisten die Weltrevolution und die Hitler-Leute das „Dritte Reich“. Und da sagt sich so mancher, man könne es ja mal mit Thälmann oder Hitler versuchen, vielleicht hilft das aus dem Schlamassel. Sie sehen damit allerdings auf ein fallches Pferd, aber Hitler und Thälmann bekommen Zulauf. Zu den fanatisierten Anhängern dieser beiden Richtungen gesellen sich auf diese Weise die hier geschilderten schwankenden Gestalten. Bombastische Versprechungen, grellbunte Schlagworte genügen, um sie vor den Karren der Extremen zu spannen.

Doch wir wollen etwas über die Hitler-Partei im besonderen sagen. Sie nennt sich „Arbeiterpartei“. Wenn sich eine Partei so nennt, so vermeint der unbefangene Arbeiter, das müsse etwas Gutes sein. Und da es ihm schlecht geht, sagt er sich, daß man bei der neuen Partei vielleicht doch

noch einen Blumentopf gewinnen könne. Und so geht er denn hin und läßt sich mit und wartet voller Spannung auf das große Wunder. Was es mit dem Hitler-Klamauk auf sich hat, haben wir in früheren Nummern des „Grundstein“ ausreichend nachgewiesen. Die Faschisten ständen schillernde Seifenblasen in die Lüfte, im übrigen ist dieses politische Zerrgebilde nichts weiter als eine geschickte getarnte Hilfstruppe schwärzester Reaktion. Das wollen wir in diesem Aufsatz nicht nochmals beweisen, wir wollen nur an reinen Augenmerklichkeiten zeigen, was es mit dieser „Arbeiterpartei“ auf sich hat. Schauen wir uns einmal die Häre dieser sogenannten Arbeiterpartei näher an. Ihr Chef ist Hitler, ein Mann mit feigwärtiger Vergangenheit und seit einigen Wochen durch Schiebung deutscher Staatsbürger. Sein Charakterbild schwankt bereits heute in der Geschichte mehr als bedenklich. Kürzlich konnten wir mitteilen, daß er über ein Jahresinkommen von mehreren hunderttausend Mark verfügt. Gewisse ein Führer der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaften solche Pfände, man hätte ihn längst mit Schimpf und Schande fortgeschickt. Aber Adolf kann sich das leisten! Er ist der vergiftete Held jener halbpolitischen Elemente, die ohne einen Gehirnschlag leben zu können vermeinen. Auch der halbberungerte G.L.-Mann findet das ganz in der Ordnung; der politische Scharlatan Wilhelm der Letzte bezog ja weit höhere Summen als Hitler. Und jeder, der damals an Wilhelm Gottähnlichkeit glaubte, empfand seine Millionen-Anlage in der großen politischen Kinderstube Deutschland als eine Selbstverständlichkeit. Man beachte aber auch, wie der große Adolf und sein „Stab“ überhaupt zu leben gewohnt sind. Ob im Westen, ob im Zentrum des Reiches oder sonstwo — Adolf wohnt und lebt für sich. Im Westen Deutschlands dinoriert er mit den schwerindustriellen Scharmadern à Diner zu 21 „in Berlin logiert er nur im hochfeudalen Hotel Kaiserhof. Die „Welt am Montag“ konnte kürzlich eine Rechnung für Adolf Hitler und seinen „Stab“ in geheimer Originalaufnahme veröffentlichen, die der aufstaunenden Welt zeigte, wie diese „Arbeiterführer“ auf

vom 1. Mai ab festgesetzten Löhne sollen nur dann gelten, wenn sie nach kurzer Frist für allgemeinverbindlich erklärt werden. Während, die Unverbindlichkeit der Baunternehmer scheint keine Grenzen mehr zu kennen. So etwas grenzt bereits an unternehmerischen Gaudium. Aber das ist kein Wunder nach folgenden Ermunterungen durch die ministerielle Bürokratie. Ergänzend sei noch bemerkt, daß auch verlangt wird, die neuen Löhne sollten nur bis zum Herbst 1932 gelten. Hier sieht man die Absicht heraus, zum Winter wieder um auf die Löhne drücken zu wollen. Lohnabbau und kein Ende!

Die Gesamtfrage ist sehr ernst. Die Schiedsprüche, die bisher gefällt wurden, amen den sieben hunderttausend, die sich die Vertragsparteien nirgends einigen konnten, waren Schiedsprüche notwendig. Der Spruch für die Pfalz legt den Spruch des Tarifamts vom 23. November 1931 in Kraft mit der Maßgabe, daß in diesem Spruch genannte Spitzenlohn von 1,03 M solle nur 1 M betragen. Seinezeit wurde für die Pfalz erreicht, daß dieser Spruch des Tarifamts, den die Unternehmer stürmisch an Stelle der Rotterordnungslohne verlangt hatten, vom Schlichter aufgehoben wurde. Der durch Rotterordnung gefundene Lohn betrug 1,15 M, nummehr haben die Unternehmer ihr Ziel mit Rabattgewährung erreicht. Außerdem sollen die neuen Löhne nur bis zum November 1932 gelten.

Für das Lohngebiet Groß-Werlin wurde ein Spruch gefällt, der die Löhne der Maurer und Hilfsarbeiter um 10 %, die Löhne der Tischbauarbeiter um 3 % abbaut. Die neuen Löhne sollen bis zum 2. März 1933 gelten. Wie sich die vom Reichsarbeitsministerium inspierten Schlichter zu den Löhnen in jenen Gebieten stellen werden, wo sie nach Ansicht der Bürokratie im Ministerium keine Senkung mehr vertragen können, ist noch unbekannt. Aus Gründen der Gerechtigkeit dürften die durch die Rotterordnung besonders hart betroffenen Gebiete keine weitere Senkung der Löhne mehr erleiden. Doch warten wir ab...

Die Vorhölle der Unternehmer zeigen erneut, daß ihnen an einer Schwächung der Interessenerfretung der Bauarbeiter gelegen ist. Aber die Serren werden sich käuflich. Je mehr in diesen Zeiten die Freiheiten auf jener Seite zunehmen, um so enger werden sich die Bauarbeiter um ihre Gewerkschaften scharen in dem Bewußtsein, daß es unbedingt notwendig ist, in späteren Zeiten gerechte Vergeltung zu üben. Unsere Kollegen rufen wir auf, sich stets ihrer Gewerkschaftspflicht bewußt zu sein und alle Kräfte einzusetzen, um die Kraft der Organisation auch in diesen schwersten Zeiten nicht zu schwächen. Jeder hat seine Kräfte an, um die Organisation zu stärken für Zeiten, wo wir uns dann wieder im Angriff befinden!

Der verfluchte Kassenbericht oder Von der R.O. kuriert!

Ein großes Schlaglicht auf die Zustände im sogenannten Einheitsverband für das Baugewerbe (R.O.) wirft der Bericht eines Kollegen, der von diesem lächerlichen Kommunionsprodukt die Nase voll hat. Er berichtet über eine sogenannte Generalversammlung des „Einheitsverbandes“ Anfang März in Essen. Dort stellten die Erschienenen den Antrag, neben dem Jahresbericht auch einen Kassenbericht zu geben. Dieser berechtigte Wunsch wurde aber nicht erfüllt. Darauf wurde beantragt, in vier Wochen erneut eine Generalversammlung abzuhalten mit der Tagesordnung: Jahres- und Kassenbericht. Diese Versammlung sagte dann am 1. April. Von der Bezirksleitung Essen waren der große „Revolutionär“ Plätkermann aus Hamburg und der Broschürenmann Legis aus Kray erschienen.

Die Versammlung selbst sagte von abends 6 bis nachts 1 Uhr. Heiß ging es her. Vor allem wurde ein Kassenbericht verlangt. Dem begegnete der „Revolutionär“ Legis mit dem salomonischen Verspruch, seit wann es denn in einer revolutionären Organisation einen Kassenbericht gäbe. Alle, die einen Kassenbericht verlangten, seien nicht revolutionär. Dieses war der erste Streich. Nun sollte Plätkermann einen Geschäftsbericht geben. Aber den erhielten die Mitglieder auch nicht. Er räsonierte nur über den starken Rückgang der Mitgliederzahl, der allerdings zu verfehlen ist, weil die Mitgliedschaft in dieser auch-Organisation bis in die Wolken stinkt. Immer wieder verlangten seine Zuhörer einen Kassenbericht und Plätkermann schimpfte über diese Leute, die zu wenig „revolutionär“ waren, einen Kassenbericht hören zu wollen.

Dann wurde diskutiert. Dabei kam allerlei ans Tageslicht. Da ist der bisherige Kassierer Fleckenstein aus Essen. Treu und brav hat er die 10-Pfennig-Beiträge für die R.O. eingenommen und Großlos auf Großlos geschickt. Nunmehr legte er seinen Posten nieder, weil er es nach seinem Anspruch fast hatte, Gelder einzulassen für Zwecke, die er nicht für richtig befand und weil über die Ausgaben keinerlei Rechenschaft gegeben wird. Da hatte man für den „Revolutionär“ Saeckho ein französisches Auto gekauft. Waren Ersatzteile nötig, dann mußten sie aus Paris bezogen werden. Der Einheitsverband hatte zu zahlen. Nach einem halben Jahr war das schöne Auto kaputt. Nun sollte der Kassierer noch 250 M draufzahlen. Ferner sollte er eine Monatsmiete für ein einbaues Zimmer im R.O.-Haus in der Dreilindenstraße in Höhe von 80 M zahlen. Wenn man aber die R.O.-Flugblätter herausbringen wollte, dann sollten die Bauarbeiter auch noch draufzahlen. Eine Rechnung, was die Flugblätter gekostet, wurde von der R.O. dem Kassierer des „Einheitsverbandes“ niemals vorgelegt. Fleckenstein hatte nur die Pflicht, Geld abzuladen. Nun erklärte er, daß mit der Ehr eines Bauarbeiters nicht mehr vereinbar zu können und schimpf den Krampe! hin.

Plätkermann und Legis waren platt. Sie wurden noch platter, als dieser ehemalige Kassierer sein Mitgliedsbuch auf den Vorstandstisch setzte und diesen Herrschaften zurief: „Mit Euch will ich nicht mehr zu tun haben!“ Ein anderer Redner endete, daß etwas faul sein müsse. Man müsse doch unbedingt über den Kassenbericht sprechen dürfen. Und dann sagte ein alter Kollege: „Ich bin 35 Jahre organisiert, war früher im Baugewerksbund, aber einen solchen Sumpf wie im Einheitsverband habe ich noch nicht gesehen. Die jungen Männer wie Plätkermann und Legis haben von gewerkschaftlichen Dingen soviel Ahnung wie der Ochse dem Klavier spielen.“ Ein anderer Redner sagte: „Ich war früher frei organisiert. Nun bin ich bei Euch. Ihr habt uns große Versprechungen

gemacht, ich glaube, bei Euch etwas Besseres zu finden; jetzt muß ich feststellen, daß ich nur die Lapfen gewerkschaft habe. Ihr habt uns aufgefordert, in anderen Organisationen Zellen zu bilden und Opposition zu treiben, aber das wäre hier bei Euch weit eher am Platze, als in den freien Gewerkschaften.“

Allerlei zustimmende Jurufe würden diese an sich schon gepfefferten Reden. Plätkermann und Legis sahen da wie begoffene Dödel. Ein erwerbsloser Schachmeister erklärte, er sei bereits das zweitemal in dieser Versammlung, wenn aber der Baugewerksbund oder gar die Industrieverbände erfahren würden, wie es hier zugehe, dann wäre das ein Schauspiel für Öffter. Das hier sei keine Organisation mehr, sondern ein Mißbauern. Die Wohlfahrtsarbeiter habe man in den Streik geschickt und ihnen dann eine Pflze in die Hand gedrückt; damit sollten sie für sich sammeln und Karloffeln betteln, da Geld für Unterfertigung nicht vorhanden war. Das Geld brauchte man ja für das Auto und für Benzin.

Dann lief wieder ein Antrag mit 20 Unterschriften ein, in vier Wochen eine neue Generalversammlung einzuberufen und dann einen spezialisierten Kassenbericht zu geben. Alle Hände gingen für diesen Antrag hoch, nur ausgerechnet der neue Kassierer, ein angeblicher Polier. Dann, stimmte dagegen. Der Mann scheint bereits Bescheid zu wissen. Aber die bitteren Anklagen hagelten weiter. Ein Hilfskassierer erklärte, bei der Kassierung habe ihm ein Kollege das Buch an den Kopf



Schafft den Baufreien
zur sozialen Republik!

geworfen, weil ihn der „Revolutionär“ Breitenstein, der ihn vor Gericht vertreten sollte, einfach im Stich gelassen hatte. In Essen Stadtmisse seien ihm innerhalb vierzehn Tagen 80 Mitglieder davongelaufen, sie wollen nicht mehr mitmachen. — Viele verließen diese Versammlung mit dem Bemerken, dem „Einheitsverband“ für immer Valeit zu sagen und keinen Groschen mehr zu zahlen.

Dann hielt Plätkermann die „Schlußrede“. Sie bestand in einer Schimpfschamane auf die Kollegen, die einen Kassenbericht verlangten. Diese Menschen sollten sich schämen, sie seien nur Vagab. Und doch haben sie er ihnen, alle anzuschließen, die sich den Anordnungen der R.O. und Bezirksleitung nicht fügen wollten. Das gab natürlich wieder neuen Staub. Dem Legis rief man zu, er sei noch schlechter als Goebbels. Ob man vorher der Meinung war, daß er so gut wie Goebbels gewesen sei, soll nicht näher untersucht werden. Einige Kollegen aus Kray meldeten sich zum Wort und charakterisierten den Maulhelden Legis folgendermaßen: „Legis hat, als er noch in Arbeit stand, sich nicht um den Tarif gekümmert, außerdem hat er immer Lebensunden geschoben. Jetzt aber sitzt er in der Leitung, hat das große Maul und schimpft auf Angefellte anderer Verbände.“

Damit war Legis demotiviert. Kredibelt lag er am Tisch. Die Kollegen verließen das Versammlungslokal. Es wollte ihnen durchaus nicht in den Kopf, daß sie nur zu zahlen und das Maul zu halten, daß nur die R.O., die R.O. und ihre Bezüge zu bestimmen hätten. Die Kollegen waren sich darüber einig, daß sie unter diesen Umständen die Kadetten seien. Und der Kollege, der uns über diese Zustände berichtet, erklärt feierlich, er sei vollständig kuriert von den „Revolutionären“ mit dem großen Maul. Und er forderte die Kollegen des Baugewerksbundes auf, zu bleiben, wo sie sind und sich nicht von der R.O. mißbrauchen zu lassen. Diese Probenreden helfen überall zum Streik und empfehlen dann den Kollegen, betteln zu gehen, um nicht zu verhungern. Und so etwas nennt sich alleinseligmachender Einheitsverband für das Baugewerbe (R.O.).

Wir brauchen diesem Bericht nichts mehr hinzuzufügen. Die ganze Aufmachung zeigt uns, daß der Kollege richtig gesehen und die Vorgänge richtig geschildert hat. Es ist ein Trauerspiel fondergelegen, wenn in einem Gebilde, das sich Arbeiterorganisation nennt, solche Zustände eintreten können. Da sind wir „Reformisten“ doch bessere Menschen!

Kurze für arbeitslose Lehrlinge.

In dem Bestreben, den arbeitslosen Lehrlingen bei der Ausbildung zu helfen, kann ein guter Erfolg gebucht werden. Durch eine gemeinsame Eingabe der Unternehmerverbände und der Bauarbeitergewerkschaften wurde eine Besprechung bei der Reichsanstalt erreicht, in der die Zusage der Präsidenten Gruppe auf Bereitstellung von Mitteln gegeben wurde. Inzwischen hat die Reichsanstalt an die Landesarbeitsämter ein Schreiben gerichtet und ersucht, sofort Besprechungen mit den bezüglichen und Erläuterungen der Unternehmer und Arbeiter durchzuführen, um für die im letzten Drittel ihrer Schulpflicht stehenden Lehrlinge etwa 10 bis 12 Wochen dauernde, lehrplanmäßig aufgelegene Kurse durchzuführen. Im Zusammenwirken der Organisationen soll den Lehrlingen die Ausbildung ermöglicht werden. Wir begrüßen das. Die Baugewerkschaften werden gemeinsam mit den Jugendleitern und Vellenausschüßmitgliedern die Initiative zu ergreifen haben, um in den für die Durchführung vorgesehenen Ausschüssen bei den Arbeitsämtern die Kurse anzuregen, zu beraten und ihr Ziel für die Durchführung zu tun. Ueber die Einzelheiten der zu treffenden Maßnahmen wird durch Rundschreiben unterrichtet.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 21. März 1932.

Bezirksverband	Berichtende Baugewerkschaften	Mitgliederzahl am Monatslohn	Arbeitslose		Die Woche vorher
			Anzahl	%	
Königsberg	7	13 764	13 165	95,6	95,9
Danzig	1	3 251	2 878	89,3	88,8
Stettin	1	14 069	12 410	88,2	90,0
Breslau	39	34 284	31 075	90,6	91,0
Berlin	60	45 096	37 506	83,2	85,3
Magdeburg	42	28 604	20 501	86,9	87,1
Erfurt	34	17 265	15 968	92,5	93,2
Frankfurt	17	29 018	26 420	91,0	91,3
Köln	12	14 454	13 449	93,0	93,0
Dortmund	13	14 606	13 483	92,3	92,6
Hannover	39	25 918	22 860	88,2	88,6
Bremen	31	18 064	11 617	88,9	88,8
Hamburg	45	27 254	23 510	86,3	86,8
Stettin	60	7 997	6 921	86,5	85,4
Dresden	31	54 320	48 301	89,3	90,7
München	29	14 954	13 847	92,6	93,3
Stuttgart	14	8 140	7 602	93,4	94,8
Karlsruhe	10	12 106	10 905	90,1	91,7
Zusammen	572	384 403	342 673	89,26	—
Vorige Woche	572	384 458	346 550	—	90,14

Streiks u. Wohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tischbauarbeiter: Geperert sind die Arbeiter des Unternehmers Schmauer, Niederbühlau (Euba), Baustelle Osthof (Wipfisch) bei Weinfeld wegen unverschämten Lohnbauvertrags und die Arbeiter der Firma Wierichs in Norden wegen Tarifbruch.

Töpfer: Geperert sind in Crimmitschau die Firma Seizinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zell die Ofengehäste Gustav Reumann, Gustav Hönicke und Böhme.

Memel. Die Maurer stehen im Abwehrstreik. Kein Bauarbeiter darf nach Memel gehen!

Oesterreich. Zugang nach Wien und nach Niederösterreich ist zu vermeiden.

Frankreich. Ein gewisser Bastide oder Bastin in Toulouse inseriert in deutschen Zeitungen, er könne deutschen Arbeit nach Frankreich vermitteln. Bastide oder Bastin kann nach einseitiger Erkundigung niemanden Arbeit vermitteln. Wir warnen eindringlich, auf diese oder ähnliche Anzeigen hereinzufallen!

Aus der Sozialgesetzgebung

Regelung der Unterfertigungsstufe der berufsüblich Arbeitslosen.

Der § 107a WVBVB, in der Fassung der 3. Rotterordnung ist am 28. März 1932 in Kraft getreten. Die Arbeitsämter müssen danach von dieser Zeit an die volle Hauptunterfertigung zur Auszahlung bringen. Nach § 99 Abs. 3 WVBVB ist die Unterfertigungsstufe der berufsüblich Arbeitslosen auf 16 Wochen festgelegt. Diese Bestimmung setzt im Gegensatz zu § 107a WVBVB nicht die Bestimmung eines Zeitraums der berufsüblichen Arbeitslosigkeit voraus, sondern erstreckt sich auf das ganze Jahr. Daher erhalten die Arbeitslosen, die unter die Bestimmung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit fallen, entsprechend dem Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt vom 21. 3. 1932 (s. „Grundstein“ 1932 S. 105) nur 16 Wochen Arbeitslosenunterfertigung. Für die Bauarbeiter, die ja hauptsächlich unter die Bestimmungen der berufsüblichen Arbeitslosigkeit fallen, ist der § 105a WVBVB zu beachten. In dem bestimmt wird, daß Unterfertigung nach der Lohnklasse der Lohnklasse VII bis XI nur erhält, wer in der letzten zwei Jahren mindestens 52 Wochen in vericherungspflichtiger Beschäftigung gestanden hat, ohne in dieser Zeit Arbeitslosenunterfertigung bezogen zu haben. Diese Voraussetzung dürfte bei vielen unserer Kollegen nicht zutreffen, da bei dem Daniederliegen des Baugewerbes so lange Arbeitslosenunterfertigung selten zu erreichen sind. Alle Arbeitslosen, die 52 Wochen Beschäftigung nach § 105a WVBVB nicht nachweisen können, erhalten die Hauptunterfertigung von der Lohnklasse VII aufwärts an an Stelle dieser Höhe die der nächstniedrigeren Lohnklasse. Die Familienzuschläge sind nach § 105 WVBVB zu gewähren. Die nach § 105a WVBVB vorzunehmenden Verabfolgungen sind beträchtlich milder, als die nach den Grundrissen der Kräftefürsorge durchzuführen. Daher müssen auch in diesen Fällen, soweit § 105a WVBVB, in Frage kommt, höhere Unterfertigungsstufe ab 28. März 1932 zur Auszahlung gelangen.

BUNDES-TRIBÜNE

LANDTAGSWAHLEN

Der Bedeutung dieses Themas entsprechend haben sich unsere Kollegen überaus zahlreich an der Aussprache beteiligt. Wegen des beschränkten Raumes in unserem Blatte mußten wir die einzelnen Arbeiten erheblich kürzen, um möglichst viele Zuschriften bringen zu können. Die Kollegen, deren Arbeiten nicht mit abgedruckt werden konnten, dürfen sich nicht zurückgesetzt fühlen. Wir bitten sie, auch weiterhin an der Klärung wichtiger Fragen mitzuarbeiten.

Die Eisenerne Front muß siegen!

Die erste Schlacht ist geschlagen. Hitlers Wahl zum Reichspräsidenten war eine Fehlspekulation. Aber die Gefahr ist noch groß. Die Nationalsozialisten haben ihre Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg zu arbeiten, und zwar „eisern“ zu arbeiten, denn es geht jetzt wirklich um Sein oder Nichtsein, um Demokratie oder Diktatur. Preußen darf kein Braunschweig werden! Sollen die Nazis als stärkste Partei in dem Landtag einziehen und die Kommunisten Stimmen gewinnen? Beides ist möglich. Erhalten Nazis, Deutsche Mehrheit und Kommunisten in Preußen die Mehrheit, dann ist keine regierungsfähige Mehrheit vorhanden. Glaubt ihr Kommunisten, ihr würdet für euren Verrat an der Arbeiterklasse von den Nazis geschont? Nein, ihr könnt das nicht glauben. Euch würde man genau so rücksichtslos behandeln wie die Sozialdemokraten, eure Zeitungen ebenso rücksichtslos unterdrücken wie die sozialdemokratische Presse. Verbote von Versammlungen und Umzügen, die Aufhebung der weltlichen Schulen, die Beseitigung der von der Arbeiterschaft erkämpften Rechte würden euch genau so schwer treffen wie uns. Wenn es dazu käme, dann erst würdet ihr erkennen, was die Preußenkoalition für die Arbeiterschaft bedeutete. Russische Außenpolitik ist keine deutsche Arbeiterpolitik, auch wenn euer Prominenter Manuilsky sagt, der Hauptfeind sei nicht Hitler, sondern Brüning-Severing-Hindenburg. Ein fürchterliches Erwachen würde dem deutschen arbeitenden Volke gibt es nur einen Weg: Mit der Sozialdemokratie, die den Staat mit seinen sozialen Leistungen erhalten und ausbauen will. Wir Männer von der Eisernen Front sind uns unserer Pflicht bewußt und werden die Staatsfeinde von rechts und links am 24. April schlagen. Wir werden dafür sorgen, daß Braun und Severing die Führer Preußens bleiben. Der Sache des Proletariats wird die Eisenerne Front zum Siege verhelfen. Gegen Hitler und seine Helfer, für den Sieg der Sozialdemokratie!

Heinz Baumann, Münster.

Die Hand- und Kopfarbeitererschaft muß ihre gesamte Kampfkraft dem Nationalsozialismus entgegenstellen. Gelingt es dem Faschismus, mit seinen Hiltstruppen am 24. April die Mehrheit zu erringen, dann ist es mit der sachlichen Arbeit in den Länderparlamenten vorbei. Eine Diktatur des Großkapitalismus würde rücksichtslos mit den Rechten der Arbeiterschaft aufräumen. Die Arbeiterpresse, Versammlungsfreiheit und alle republikanische Organisationen würden schärfsten Verfolgungen ausgesetzt sein. Die verfassungsmäßigen Rechte, vor allem die der Arbeiterschaft, gehörten dann der Vergangenheit an. Hitlers SA- und SS-Leute würden bewaffnet und aus Staatsmitteln bezahlt, zur Kampftruppe des Großkapitals werden. Mit den sozialpolitischen Errungenschaften, die sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelanger Arbeit erkämpft hat, wäre es auf lange Zeit vorbei. Das Chaos und den Untergang der Arbeiterbewegung würde die gesamte Hand- und Kopfarbeitererschaft im Kampf gegen den Faschismus verhindern.

Otto Haack, Hilfsarbeiter, Landsberg a. d. W.

Der Preußische Landtag ist auch für die Reichspolitik richtunggebend. Wir sehen in Braunschweig, was ein geringer Einfluß der Arbeiterschaft im Landtag bedeutet. Die Landtagswahlen am 24. April müssen ein gewaltiger Schlag sein gegen Hitler und seine Bundesgenossen. Die erste Voraussetzung zum guten Gelingen ist der Glaube an uns selbst. Die Eisenerne Front muß die Führung in diesem Wahlkampf übernehmen. Die Geschlossenheit der Eisernen Front muß den Wankelmütigen zeigen, wie die organisierte Arbeiterschaft ihre Errungenschaften bis aufs Blut verteidigt. Sie muß durch ihren starken Willen, dem Elend und der Krise zu steuern, die Verzweifelten und Zauderer aufrütteln. Jeder einzelne muß bei dem Wahlkampf seinen Mann stehen, sei es auf der Straße oder in den Stempelstellen. Keiner von uns darf untätig zusehen, wie unsere Gegner mit Lügen und Schlagworten die Indifferenten verwirren und verhetzen. Hier heißt es eingreifen und den Hetzern das unheilvolle Handwerk legen. Beherzigen wir das, dann schlagen wir nicht nur die Reaktion, sondern werden die Wankelmütigen in unsere Front einreihen. Die Landtagswahlen am 24. April müssen Erfolge für uns werden. Darum auf in den Landtagswahlkampf mit frischem Mut gegen Faschismus und Reaktion und für den Sozialismus!

Hermann Gerhold, Dachdecker, Frankfurt a. M.

Für den republikanischen Staat.

Nur ein republikanisches demokratisches Deutschland verdient das Vertrauen der Arbeiterschaft. Die große Bedeutung Preußens für Deutschland ist jedem Einsichtigen klar. Den jungen Wählern, die das Preußen der Vorkriegszeit nicht kennen, muß in der Wahlagitierung der Unterschied zwischen dem Preußen als Junkerstaat und dem demokratischen Preußen von heute klargestellt werden. Das Vorkriegspreußen des Dreiklassenwahlrechts war ein Instrument der Junker, der Militärs und der Großunternehmer zur rücksichtslosen Unterdrückung des übrigen Volkes, in dem der Untertan nur Pflichten und keine Rechte hatte. Im demokratischen Preußen herrscht nicht die Willkür einer kleinen aber reichen Kaste, sondern das Volk. Die Bewohner Preußens sind Staatsbürger geworden und bestimmen durch ihren politischen Willen die innere Einrichtung und den Inhalt des demokratischen Staatswesens. Mit der Aufrichtung des preussischen Freistaates wurde der reaktionären Knebelung des Volkes ein Ende bereitet, die Gesindeordnung wurde abgeschafft, die Gutsbezirke aufgelöst und das Volksschulwesen auf einen nie gekannten Stand gebracht. Die Reinigung der preussischen Verwaltung von reaktionären Elementen, der Ausbau von Land- und Wasserstraßen, die Förderung von Meliorationsarbeiten und des Siedlungswesens sind das Werk des republikanischen Preußen. Diese Leistungen sind nur Anfänge einer Entwicklung, die in eine Zeit fallen, in der Deutschland unter der schweren Nachwirkung des Krieges zu leiden hatte. Diese Entwicklung, die kein anderes Land aufzuweisen hat, auch Rußland nicht, darf durch die kommenden Wahlen nicht unterbrochen werden. Der Jugend muß dringend ans Herz gelegt werden, diese Anfänge der Entwicklung für die Volkswohlfahrt nicht

zu zerstören. Die Gegner der Demokratie von links und rechts müssen am 24. April von der Eisernen Front geschlagen werden.

Otto Kabisch, Maurer, Leipzig.

Der Bestand der Republik und der Demokratie ist gefährdet. Wir Gewerkschafter müssen unsere ganze Kraft für deren Erhaltung einsetzen. Die Demokratisierung der Verwaltung darf nicht unterbrochen werden: Die Verwaltung muß auch weiterhin republikanisert werden, kein Staatsfeind hat in Staatsstellen etwas zu suchen. In Kultur- und Schulfragen ist gegen früher vieles verbessert worden und trotz der ungeheuer schweren Zeit erhalten geblieben. Die Siedlungspolitik Preußens vor dem Kriege ist gar nicht mit der heutigen zu vergleichen, obwohl sie noch weiter gefördert werden muß. Die Aufgaben, die zum Wohle des arbeitenden Volkes noch gelöst werden müssen, können nur gelingen, wenn die Gegner von links und rechts bei den kommenden Wahlen abgewehrt werden. Die Zusammensetzung des Landtags ist von entscheidender Bedeutung auf den Verwaltungsapparat des Landes und auf die Politik des Reiches. Alle Kräfte müssen mobilisiert werden, um den reaktionären Anschlag auf Preußen abzuwehren.

P. Dornblüt, Wäbilitz.

Gegen Diktatur — für Demokratie.

Was dem deutschen Arbeiter unter einem faschistischen System bevorsteht, ist unschwer zu erraten. Die Geldgeber der Hitler-Bewegung sind dieselben Kapitalisten, die während des Krieges unsere Gegner mit Material belieferten und heute vor Patriotismus triefen. Für deren Interessen würde die Gewalt der Faschisten-söldlinge ausschließlich gegen die Arbeiterschaft und ihre Führer angewandt werden. Der durch Lug und Trug zusammengeschnittenen Nazipartei mit dem Aben-

teurer Hitler und anderen verkrachten Existenzen an der Spitze gilt heute in erster Linie unser Kampf. Alle Kräfte müssen darauf konzentriert werden. Unser Kampf gilt auch dem verbrecherischen kommunistischen Rezept: Laßt Hitler an die Macht, er wird bald abgewirtschaftet haben und dann kommt der Kommunismus. Warum haben sie denn dieses Rezept nicht in Italien angewandt? Dort hatten und haben sie noch die beste Gelegenheit dazu. Wir aber wissen, einmal an der Macht, zerstört der Faschismus jedes gesunde Volksleben. Alles steht bei den Wahlen auf dem Spiele, was die Alten mit Opfern und Kämpfen errungen haben. Die Notverordnungen haben gewiß unsere Rechte beschmitten, aber der Faschismus würde uns das Letzte rauben um seiner gewissenlos Geldgeber willen. Wir müssen während der Weltkriege das erhalten, was wir in Jahrzehnten erkämpft haben. Dazu gehört die Stärkung unseres Bundes, der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners. Fort mit der Zersplitterung der Arbeiterklasse, die dem Faschismus die Tore öffnet! Wir wählen die Sozialdemokratie, die einzige Arbeiterpartei in Deutschland.

Johann Woldrich, Fliesenleger, München.

Die Landtagswahlen müssen zur Niederlage für den Rechts- und Linksradikalismus führen.

Preußen ist das Schicksal Deutschlands.

Wer Preußen hat, hat die Macht! Das ist die Lösung aller Parteien. Wenn eine Partei außer in Preußen noch in den übrigen Bundesstaaten zur Regierungspartei wird, so verstärkt sich ihr Einfluß auf die Politik der Reichsregierung. Der „nationalen Front“ muß dieses Ziel entrisen werden. Gelingt dies nicht, so ist vieles verloren, was zum Wohle der Arbeiterklasse geschaffen wurde. An Stelle der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung wird die Arbeitsdienstpflicht, wie vor dem Kriege, zur Armenunterstützung, Tarif- und Arbeitsrecht werden in Frage gestellt. Ob das freie Wahlrecht und damit die Mitarbeit aller am Staatswesen erhalten bleibt, wird ebenfalls vom Wahlausgang abhängen. Mit dem Siege des Faschismus verschwindet Deutschlands Hoffnung auf die friedliche Regelung seiner außenpolitischen Probleme. Deshalb ist es unsere Pflicht, am 24. April alles für den Sieg der Partei einzusetzen, die bisher immer für das Wohl der Massen und für Arbeitsbeschaffung eingetreten ist.

August Meyer, Gahrn.

Der Kampf um Preußen ist der Kampf um das Reich, ist der Kampf um die sozialen Einrichtungen, um die Existenz der Gewerkschaften. Die Notverordnungen haben uns manches genommen, doch die Fundamente aller sozialen Einrichtungen, die heute von den haßerfüllten Gegnern der Arbeiterschaft bekämpft werden, bestehen nach wie vor. Was uns während der Wirtschaftskrise verlorengegangen ist, das muß uns wiedererlangt werden. Die Voraussetzung hierfür ist die Niederlage aller Gegner des demokratischen Staates und der Feinde der Arbeiterschaft am 24. April. Kampf dem Faschismus!

Paul Kullize, Bauarbeiter, Merzdorf.

Er verzichtet auf die Demokratie.

Der Kollege Christian Möller, Hilfsarbeiter Nürnberg, glaubt nicht an den Sozialismus durch Demokratie. Nach seiner Auffassung geht es nicht darum, die Demokratie wieder herzustellen, sondern den Weg zu bahnen für die „proletarische“ Demokratie. Er hält es für zwecklos, die „bürgerliche“ Demokratie zu erhalten. Er schreibt: „Sie ist wertlos geworden, weil sie als Staatsform vom Kapitalismus nicht mehr gebraucht werden kann.“ — Gerade das ist die Gefahr, die die Demokratie durch die Nazibewegung auf um die Demokratie zu beseitigen und durch die Diktatur des Faschismus zu ersetzen. Die Arbeiterschaft hat darum alle Ursache, sich für die Demokratie als einziges Mittel zur Erhaltung und Erweiterung ihrer Rechte einzusetzen.

So etwas gibt es auch!

Jawohl, auch Nazianhänger wollen sich diesmal an der Erörterung unseres

Bei den meisten Arbeiten haben die Kollegen die Aufgabengebiete des Reichs, mit denen der Länder verwechselt. Dies trifft auf die Sozialversicherung, das Arbeits- und politik beeinflusst und in diesem Wahlkampf das Schicksal des Reiches mit entschieden, bitten wir unsere Leser, die Ausführungen unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Wir weisen jedoch auf den mittelbaren Zusammenhang der bevorstehenden Wahlen mit diesen besonderen Teilen der Ausführungen hin.

Themas führen. Der Sieg der radikalen Machtgruppen würde die Vernichtung der politischen Freiheit, würde Pressezensur, Verbot der Organisations- und Versammlungsfreiheit bedeuten. Die Gewerkschaften würden ihrer Freiheit beraubt, die organisierte Arbeiterschaft der Willkür des Unternehmertums ausgeliefert. Die SA-Landsknechte, die vom Kapitalismus ausgehalten werden, würden den Kapitalisten als Büttel hilfreiche Dienste bei der Unterdrückung der Arbeiterschaft leisten. Mord und Totschlag, die von diesen Horden in Deutschland als neue politische Methoden eingeführt wurden, würden zur täglichen Massenerscheinung werden. Der faschistische Sieg in den Ländern, vor allem in Preußen, bedeutet Faschismus für die ganze deutsche Republik. Pflicht jedes denkenden Arbeiters ist, der einzigen deutschen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, seine Stimme zu geben.

Albert Sudhoff, Hobendodeleben.

Die zerfallene Harzburger Front will die von Otto Braun geführte Preußenregierung stürzen. Es wird sich entscheiden, ob die Demokratie weiter das Mittel zur Staatsbildung sein wird oder ob Preußen der Diktatur der Reaktion anheimfällt. Die Demokratie ist die Voraussetzung für Ruhe und Ordnung im Lande, für die politische Freiheit und die ungehemmte Entwicklung der Volkskräfte. Diktatur bedeutet bedingungslose Unterwerfung des Volkes unter eine Clique von machthungrigen Abenteurern. Ein Mittelding gibt es nicht. Wer am 24. April an die Wahlurne tritt, wird sich klar entscheiden müssen. Für die Arbeiterschaft darf es nur eins geben: Alle Stimmen für die Sozialdemokratische Partei!

Paul Gleinert, Schweidnitz.

Themas beteiligen. Sie bringen die Frage der Landtagswahlen auf eine kurze und präzise Formel: Bei den Landtagswahlen soll es nicht um die Gewerkschaften, sondern um die „sozialdemokratisch verbonden Führer“ gehen. Um weiter nichts! Also ihr alle, die ihr heißem Bemühen den Zweck und die Wichtigkeit der Landtagswahlen erörtert, ihr habt euch unnötigerweise den Kopf zerbrochen. Zornentfallt wird uns verkündet, wir seien „sozialdemokratisch versuchte Hohlköpfe“, und die „nationalsozialistischen Gewerkschaftler kämpften unter den Fahnen Adolf Hitlers für eine deutsche Gewerkschaft, geführt von Arbeitern aus den Reihen des Hakenkreuzes“. So, nun wißt ihr es! Es handelt sich demnach bei den Landtagswahlen nur um einen Wechsel in der Führung der Gewerkschaften. Die jetzigen Führer sollen, weil sie sich „dicke Bäuche wachsen lassen“ und durch „Verrat, gemeine Schreier und mittels Parteibücher in führende Stellen“ hinaufgeklettert sind, abgelöst werden durch Parteibuchbesitzer des Hakenkreuzes. Die jetzige „Bonzenwirtschaft“ soll durch eine andere Bonzenwirtschaft abgelöst werden. Das ist der Zweck der Landtagswahlen, wie ihn Hitler und seine Verehrer verstehen. Abgehaltete Generale und abgetaktete Hohenzollernprinzen vom Schlage Awui passen auch besser zum Gewerkschaftsführer als ehemalige Arbeiter. — So, nun wißt ihr, welchen Zweck Landtagswahlen haben. Ihre Namen nennen die so schimpfenden Hitlerhelden natürlich nicht, sie unterschreiben sich nur „Eine ganze Reihe Breslauer Gewerkschaftler“. Solche Burschen haben eben nicht den Mut, ihre Namen zu nennen, sonst dürften oder könnten sie ja nicht so schön schimpfen. Und von einem sachlichen Geisteskampf verstehen diese mit nur einem Quentchen Gehirne ausgestatteten Hitlerjünger absolut nichts. Doch — es muß auch solche Käuze geben!

Weitere Beiträge

zur Bundes-Tribüne, die zum Eintreten für die Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen aufrufen und wegen Raummangel nicht gebracht werden konnten, sind eingegangen von den Kollegen: E. Schnitter-Hannover, Walter Kaiser-Merseburg, H. Dörnack-Neustrelitz, W. Wille-Burg b. M., Hermann Schröder-Halberstadt, B. Zwermann-Frankfurt a. M., Karl Bieler-Crimmitschau, Hans Wörndl-Ernsdorf, Oberbayern, Karl Kartz-Haan, Rhd., Heinrich Bregel-Speyer, Max Glied-Liebtal b. Pirna, Rudolf Buck-Singen a. H., Josef Ritter-Trischenreuth, Fritz Franke-Haldorf, Bez. Kassel, Harry Roß-Berlin, Willy Satony-Kirberg b. Limburg a. d. L., Ernst Pleschke-Sorau, Paul Nagel-Berlin-Wittenau, O. Saß-Hamburg, Heinz Schmidt-Bremen, Julius Hesse-Bergheim, M. Hönes-Beckerbach.

Aus den Baugewerkschaften

Cottbus. (Nazimord an einem Kollegen) Am 2. April wurde unser Kollege Wilhelm Schreiber durch einen Raubmord meuchlings erschossen. So hat die braune Morbete auch wieder aus unseren Reihen ein Opfer zur Strecke gebracht. Kollege Wilhelm Schreiber wurde am 25. August 1896 geboren und war seit 13 Jahren Mitglied unseres Bundes. Er war stets ein Mann, der frei zur Fahne der Gewerkschaft stand. Trotz langer Arbeitslosigkeit lebte er immer wieder ab, gegen seine Kollegen in den ländlichen Gebieten, wo er wohnhaft war, als Lohnträger aufzutreten. Er ließ sich trotz großer Not nicht unterkriegen und übte seinen Kollegen gegenüber Solidarität. Eine wertvolle Kraft ist durch seinen Mord unser Organisation entzogen worden. Es handelte sich hier nicht um irgendeinen Akt der Notwehr, sondern um einen organisierten Mord des berüchtigten SA-Banditen Otto Lehmer. Dieser Name liegt zur Schande aller SA-Banditen an dieser Stelle besonders angeprangert. Wir aber werden das Andenken Wilhelm Schreibers in hohen Ehren halten. Wir senken unsere Fahnen an der Bahre dieses braven Genossen. Die Eisene Front wird seinen Tod zu rächen wissen!

Guben. (Jannungsmaßnahmen) Die Unternehmer versuchen ihre Organisationen mit Hilfe gesetzlicher Bestimmungen Kraft zu gliedern. Aus kleinen nicht lebensfähigen Jannungen gestalten sie durch Zusammenlegung große Jannungsbezirke. Eine sehr große Zwangsinnung ist kürzlich in der Gasse geschaffen worden. Das gesamte Guben und Senftenberger Gebiet gehört nun zur „Maurer-, einschließl. Beton- und Eisenbetonarbeiter- und Zimmerjannung“ zu Guben. Da aber manche Unternehmer nicht recht wollen und anscheinend auch das Geld knapp ist, wird zu Zwangsmaßnahmen gegriffen, um alle Schichten zusammenzuführen. So schickte im Januar die Gewerkschaftsleitung an die „verehrten“ Jannungsmitglieder ein Schreiben mit der Aufforderung, eine einmalige Umlage in Höhe von 20 M. zu bezahlen. Weiter erhielt das Schreiben eine Aufzählung der Beiträge, wahrheitsgemäß um den durch eine frühere Mitteilung verursachten Schreck aus den Reihen der Zwangsinnglieder wegen der „ungeheuerlichen“ Höhe der Beiträge zu beruhigen. Nach dieser Aufzählung bezahle die Jannungsmitglieder an die Jannung einen festen Beitrag von jährlich 48 M., hinzu kommt ein Lohnzusatzschlag von 1,5 %. Die lebenswichtige Aufforderung zur Zahlung der Umlage hat aber nicht genügt. Im Februar wurde nämlich ein Mahnrückgeld geschickt und angeordnet, das Geld zwangsweise einzutreiben, wenn nicht innerhalb von 5 Tagen gezahlt werde. Keine Zufälle, nette Methoden! Mit Hilfe der Gasse! Aber das sind Unternehmer unter sich. — Die Jannung führt sich aber auch den Lehrlingen gegenüber nett ein. Zunächst wird in einem Schreiben ausgeprochen: „Einstellen von Lehrlingen geschieht nur zu den von der Zwangsinnung vorgezeichneten Bedingungen.“ Wir kennen diese Bestimmungen noch „nt, aber sie werden so sein — diesen sind wir gewiß...“ Die Lehrlingen zugunsten der Lehrherren das G... der die Ohren gegeben wird. Hier wird der Gesellenaus... aufzupassen haben, um Angelegenheiten und Ange... einheiten im Lehrvertrag zu verstehen. — Noch eine andere Anweisung wurde durch die Gewerkschaftsleitung gegeben. Die Lehrlinge sind unbedingt mit dem Tage des Ablaufs der Lehrzeit zu entlassen, auch wenn die Gesellenprüfung noch nicht abgelegt ist, denn der Lehrling hat nach beendeter Lehrzeit einen Anspruch auf den Gesellenlohn.“ Hier offenbart sich erneut die Unternehmerr... In der Öffentlichkeit ist man nicht so brutal, da wird von Verpflichtungen gegenüber der heranwachsenden Jugend gesprochen, von der Notwendigkeit, gerade ihr Arbeit zu verschaffen, unter sich aber werden die Dinge nach der geldlich-einträglichsten Seite beurteilt und geregelt. — Das ist ein Ausschnitt aus dem Jannungsleben, zugleich auch ein Einblick in die Unternehmerbestrebungen. Die Baugewerkschaften werden in Verbindung mit den Gesellenauschüßmitgliedern ihr Augenmerk auf die Maßnahmen der Jannungen richten müssen. Auf Grund des 85 der Gewerkschaftsordnung ist eine Mitbestimmung durch die Gesellenauschüßmitglieder in allen Fragen des Lehrlingswesens bei den Jannungen möglich.

Stendal. (25 Jahre Angefallener) Am 1. April stand unser Kollege Karl Müller 25 Jahre im Dienste der Arbeiterbewegung. Schon in früher Jugend widmete er sich der Arbeiterbewegung; am 1. April 1907 wurde er Mitglied des Bauarbeiterbundes in Duisburg. Im Jahre 1910 wurde er zum Filialleiter der damaligen „Arbeiterpolitischen Arbeiterzeitung“ berufen, 1912 wurde er Parteisekretär in Wetzlar. Seit 1920 ist er Parteisekretär in Stendal, auch ist er Mitglied des Preussischen Landtages. — Kollege Müller, der im 54. Lebensjahr steht, führt seine Arbeiten immer noch mit einer bewundernswerten Frische durch. Durch seine Begeisterung und Ruhe ist er bei der organisierten Arbeiterbewegung allgemein beliebt; auch in der Bauarbeiterbewegung ist er stets zur Stelle, wenn es gilt, die Interessen der Bauarbeiter zu vertreten. Wir wünschen unserem Freunde, daß es ihm noch Jahrzehnte vergönnt sein möge, seine Kräfte in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen!

Aus den Fachgruppen

Dachdecker.

Wir konnten kürzlich mitteilen, daß der Reichsstarfvertrag im Dachdeckerhandwerk von den Unternehmern zum 30. April geschlossen ist. Wir haben auch schon darauf hingewiesen, daß in der Arbeitsbeschereitlung starke Strömungen dafür vorhanden sind, eine gänzliche Befreiung vom Tarifvertrag zu erreichen. Um zu der dadurch geschaffenen Lage Stellung zu nehmen, hatte der Bundesvorstand unseren Tarifauschüß zu einer Konferenz nach Berlin berufen. Gemeinsam mit den Bezirksleitern wurde die Taktik beraten, die nötig ist, um die Abhänger der Unternehmer zu durchkreuzen. Nach einem einleitenden Vortrag des Reichsfachgruppenobmanns und einer sehr eingehenden Aussprache wurden Richtlinien aufgestellt, die

für die Verhandlungen als Unterlage dienen sollen. Ferner wurde beschlossen, aus der großen Kommission einen kleineren Verhandlungsausschüß zu wählen; er besteht aus Thomas; hinzu tritt noch ein Vertreter des Christlichen Bauarbeiterverbandes. Dieser Ausschüß erhielt Vollmacht, etwaige Verhandlungen zu führen und von sich aus zu entscheiden, ob und wann die Reichsstarfvertragskommission wieder zusammenzutreten soll. Auch für den Fall, daß kein Reichsstarfvertrag zustande kommt, wurden bestimmte Vorkehrungen getroffen. Unsere Kollegen im Lande können jetzt versichert sein, daß vom Bundesvorstand und von der

Reichsfachgruppenleitung die Entwicklung aufmerksam verfolgt wird, um die Abhänger der Meister im Keim zu ertappen. — Bei dieser Gelegenheit kamen auch Fragen der inneren Organisation zur Sprache. Vom Bundesvorsitzenden Bernhard wurde mit Befriedigung festgestellt, daß sich der Anschüß allgemein reibungslos vollzieht, jedoch sei ein noch engeres Zusammenarbeiten zwischen Fachgruppen und Baugewerkschaften notwendig. Die Fachgruppen müssen noch aktiver als bisher in den Baugewerkschaften tätig sein, denn werden die Baugewerkschaften mit genau der gleichen Schlagkraft wie für andere Gruppen auch für die Interessen der Dachdecker tätig sein können.

Politische Zeitnotizen

Reichshaushaltsplan verlängert. Der am 31. März beendete Reichshaushaltspplan wurde durch Verordnung des Reichspräsidenten um ein Vierteljahr verlängert. Nach der Verordnung dürfen die Ausgaben für das erste Vierteljahr des Haushaltsjahres 1932/33 nur ein Fünftel des Jahresetats von 1931/32 betragen. Der Zuschüß für Wohlfahrtskassen an die Gemeinden ist auf 75 Millionen Mark erhöht worden. Die persönlichen Ausgaben bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. Damit ist der Nazi-Wahlschwindel von einem Gehaltsabbau unmittelbar nach den Wahlen wiederlegt.

Für die Eisene Front! In vielen Vertreterversammlungen unserer Baugewerkschaften legen unsere Kollegen ein begeistertes Bekennnis zur Eisene Front ab. Sie erkennen, daß die große Entscheidung zwischen Faschismus und Demokratie naht. Sie erkennen, daß viele verwirrte Arbeiter und zerstörte Existenzen der Mittelschichten in der Verzweiflung Zuflucht suchen bei den ärgsten Arbeiterfeinden, den Landesherrn Hitlers. In diesem Kampf müssen die Gewerkschaften eine eisene Front bilden, um den reaktionären Bestrebungen der Reaktion und ihrer Wänner den härtesten Widerstand entgegenzusetzen. Überall begrüßen unsere Kollegen die Annahme in der Eisene Front geschlossene gemeinsame Abwehrfront gegen den Faschismus. „Schließ dich auch eng zusammen! Schlag die Feinde von rechts und links! Dann wird jeder Volksbefugter sehr bald zerschmettert am Boden liegen!“

Politischer Massenwahn. Der Nazianhang ist ein Aneinanderhaken von Massenwahn besessener Wundergläubiger. Derartige Erscheinungen hat es in normalen Zeiten fast nie gegeben, wenn aus dem Gleichgewicht geratene unselbständige Menschen vor der Wirklichkeit flüchten und im Wunderglauben ihr Heil suchen. Die Hitlerpropaganda, eine Folge dieser Erscheinung, schlägt jede Kontinenz aus dem Geiste. Beim Anblick Hitlers in den Hitlerveranstaltungen erschrecken Frauen in Verzückung und Krämpfe oder schreien in der Ekstase wie Verrückte. Die Versammlungen bilden die typische Bildhyperthek gewandener und vom Wahn besessener Menschen. Aber nicht allein in den Versammlungen, in denen der Propaganda seine Zuhörer etwa anlockt, ist diese Erscheinung zu beobachten, sondern auch in der Presse sieht man auf widerlichen Byzantinismus und Beweihrächtigung des nationalsozialistischen Faschis, vor dem die Verherrlichung Wilhelm des Zweiten nur ein blasser Abglanz war. In der „Eisenacher Zeitung“ erschien kürzlich eine Aufforderung, Hitler zu wählen, in der es heißt: „Kauf dir Wägen nach seiner Wahl ins Land gehen und ihr werdet den Segen des Nationalsozialismus zu spüren beginnen. Eure Wecker werden freudiger grünen, eure Käse und Pferde freudiger ihre Herren begrüßen, euer Ingegend euch freudiger gehorchen, wissen sie doch, daß es nach 13 Jahren des Leides und der Schmach wieder bergauf gehen wird in Reich und Ländern, in Städten und Dörfern.“ Selbstverständlich wird sich das Kindvieh auf das Dritte Reich freuen! In dem „Andreasberger Anzeiger“ heißt es in einer Verherrlichungsnote über Adolf Hitler: „Hervorragender Führer der Gegenwart, der bedeutendste Organisator der Gegenwart, der bedeutendste Agitator der Gegenwart, der hervorragendste Staatswissenschaftler und Schriftsteller im Weltall, ein Phänomen der Weltgeschichte, ein sogenannter Sukkularmens.“ — Die ganze Gesellschaft ist verückt geworden.

Ludendorff gegen die SA. In seiner „Volkswoche“ bespricht Ludendorff die von der preussischen Polizei aufgedeckten Hochverratspläne der Hitlerischen Väterkriegsarmee. Ludendorff ist als Politiker ein nicht ernst zu nehmender wunderlicher Phantast, aber als Militär darf man ihm Autorität und Können nicht absprechen. Den Marsch auf Berlin, die Abhänger, die Waffen der Landesverteidigung zu bemächtigen, und die geplanten „Macht der langen Messer“ bezeichnet er als ungeheuerlich, gegen die die Revolution von 1918 ein Kinderpiel gewesen sei. Wörtlich schreibt er: „Die Volksteile sind ganz anders gegeneinander aufgepöppelt als 1918, und die gewalttätigen Abhänger der SA werden das fürchterliche Unheil über das deutsche Volk hereinbringen, das es je erlebt hat... Die Gefahr ist riesengroß, die SA will ihre „erste Nacht“, will ihre Gewalttaten, und der Staat schlägt sie... Ich frage die Deutschen unter den Wählern des Herrn Reichspräsidenten, erkennen Sie nicht endlich, daß von ihm nie Rettung sondern nur dreifaches Verderben durch fanatische Gewaltmensch kommen kann?“ Er fragt dann: „Was aus den Helden-Dokumenten geworden ist, wann dem General Scheider, der wie eine Lunte am Pulverfaß wirkt, das politische Handwerk geleigt wird, und wann endlich die SA und die anderen Wehrverbände von rechts bis links aufgelöst werden. Wenn der Republikgegner Ludendorff, der beim Kapp- und Hitlerputsch seine pöppelische Veranlagung bewiesen hat und die Hitlerbewegung genau kennt, gegen die uns drohenden Gefahren so lehrhaft zu Felde zieht, dann kann man sich ausmalen, was dem deutschen Volke bei einem faschistischen Wahlsieg bevorsteht.“

„Nahe Kämpfer.“ Die Apokalypse des Dritten Reiches wollen Deutschlands titische erneuern. Wie das aussehen wird, kann man nur entsetzen ahnen, wenn man sich die Erneuerer näher ansieht. Wir wollen aus der Nazi-Führergarnitur einmal die besonders als titische Erneuerer bezeichnete ein wenig ins Rampenlicht zerren. Die nachstehenden Angaben entnehmen wir einer Schrift, für die Dr. Aloß verantwortlich zeichnet. — Georg A u m e i e r, Adjutant und Kassensührer der Schutzstaffel in München, erhielt 1921 vom Volksgericht Almburg 6 1/2 Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls. Wilhelm B r a u n, Nazi-Stadtvor-

ordner in Leipzig, wurde im Oktober 1930 wegen schweren Betruges, Unterschlagung, Urkundenfälschung und Anstöße zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. D e p p e, Oberaufsichtant a. D., Führer der Sturmabteilung Gotha, wurde 1932 vor Gericht unter Anschüß der Dassenlichkeit wegen Stillschließungsverbrechens zu einer erheblichen Gefängnisstrafe verurteilt. Karl E n g e l, Führer in der Ortsgruppe Stargard, wurde, nachdem er 1922 wegen schweren Stillschließungsverbrechens zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, erneut wegen Stillschließungsverbrechens, begangen an seiner achtjährigen Tochter, in Haft genommen. Herr F e l d m a n n, Führer der SA in Mainz, während des Krieges kämpfte er als französischer Fremdenlegionär an der Westfront gegen Deutschland. Von 1923 bis 1930 war er Agent der französischen Besatzungstruppen in der Pfalz. 1931 wurde er vom Reichsgericht zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Georg F r e y, Antiführer der SA in Stuttgart, wurde am 3. Januar 1930 wegen Diebstahls im Rückfall, Erpressung, widernatürlicher Unzucht zu 1 Jahr 10 Monaten Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt. E. H e i n e s, M. d. R., hat im Januar 1920 als Offizier der Reichswehr-Organisation den Landarbeiter Willi Schmidt eigenhändig ermordet. In dem Verhandlungsprotokoll heißt es wörtlich: „Seine prekte dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los.“ Er wurde zum Tode verurteilt und mit Hilfe der Kommunisten amnestiert. Emil H o l z war bis Oktober 1930 Nazi-Gauleiter in Brandenburg und Reichstagsabgeordneter. Wegen Stillschließungsverbrechens erhielt er sechs Monate Gefängnis. In sechs Fällen galt das Stillschließungsverbrechens als erwiesen. Er mußte sein Reichstagsmandat zwar niederlegen, der „Stillschließungsverbrechens“ widmete ihm jedoch einen ehrenvollen Nachruf. Wilhelm K i e t e r war bis zum April 1931 Redakteur des „Angriff“ in Berlin. In den Jahren 1927 bis 1930 ist er wegen Betrugs, Pfandbruch, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu insgesamt 6 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Kurt L e h m a n n, SA-Führer in Aiefa a. d. E., erhielt im Dezember 1931 wegen Stillschließungsverbrechens 7 Monate Gefängnis. Ludwig M i n n e m e y e r, ehemaliger Pastor, M. d. R., der „Stillschließungsverbrechens des Dritten Reichs“, wechselte in drei Jahren fünfmal die politische Partei. Das Schöffengericht Emden teilte in einem Urteil vom 7. Mai 1928 mit, daß er sich wiederholt unter Ausübung eines ungesetzlichen Drucks an Frauen herangemacht habe und daß er den Namen eines Geistlichen nicht verdient. Viele seiner Bestrebungen sind in dem Urteil als wissenschaftlich falsch, als ungesetzlich und eines Geistlichen unwürdig bezeichnet. Außerdem befehlige ihm das Gericht, daß er nach Art aller Klatschweiber Gerüchte in die Welt setze, die andere Menschen in Mißkredit brachten. Er mußte sein Pfarramt niederlegen und auf alle Rechte des geistlichen Standes verzichten. In Versammlungen pflegte er mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse aufzutreten, obwohl er nie im Kriege war. Wilhelm R e i l i g s, Führer in der Brandenburg SA, ist seit 1913 vierzehnmal wegen Diebstahls und Betrugs zu insgesamt 8 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren und 3 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Ludwig R a u f o f f ist Führer der Nazi-Jugendgruppe in München. Im November 1931 erhielt er 6 Monate Gefängnis wegen Stillschließungsverbrechens in fünf Fällen, begangen an den ihm anvertrauten Jungen. Ernst R o d m, Chef der Hitlerischen Sturmabteilung, ist in letzter Zeit untrüchlich bekanntgeworden durch seine Briefe, in denen er seiner homosexuellen Veranlagung in zynischer Weise Ausdruck gab. Wegen ihm schreibt ein Verfolger wegen fortgesetzten Vergehens gegen den § 175 des Strafgesetzbuches. Karl S c h n e i d e r, Nazi-Führer in Hedderheim, befindet sich wegen Stillschließungsverbrechens in Haft. Einheit mit Blutgeschand, begangen an seiner dreizehnjährigen Stiefsochter, in Unterschlagung. Wilhelm S t a f f m a n n ist Nazi-Gauleiter für Oberhessen. Als Zwanzigjähriger erhielt er 9 Monate Gefängnis wegen Unterschlagung und Hehlerei. Wegen fortgesetzten Betruges in 16 Fällen wurde er 1914 in Leipzig zu einem Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. Nach dem Kriege leitete er ein Strandhotel in Borkum (bei Herrn Münnchmeyer), das aber durch die Stifenpolizei geschlossen wurde. Ludwig von J a n-

Zähne und Mund frisch und gesund

durch
GEG-Zahnpaste
und
GEG-Mundwasser!
Antiseptisch, angenehm
aromatisch, von anerkannt hoher Qualität.
Wohlfühl in Deinem
KONSUMVEREIN!



